MOTION Raoul Girard **M 1109.10**

Mobilitätsplan für die Staatsangestellten

_____

Zusammenfassung der Motion

Mit seiner am 12. November 2010 eingereichten und gleichentags begründeten Motion beantragt Grossrat Raoul Girard die Ergänzung von Artikel 4 des Gesetzes über das Staatspersonal, der die Grundsätze der Personalpolitik behandelt, um einen Buchstaben k mit folgendem Wortlaut: «Förderung einer umweltgerechten Mobilität». Der Motionär bezweckt damit die Begrenzung der vom Staatspersonal verursachten Verkehrsimmissionen und erwartet vom Staatsrat, dass er dazu für seine Angestellten Mobilitätspläne erstellen soll.

Antwort des Staatsrates

Der Staatsrat teilt das Anliegen von Grossrat Raoul Girard bezüglich einer umweltgerechten Mobilitätsentwicklung. Es steht ausser Frage, dass der Staat als grösster Arbeitgeber mit Standorten, die über das ganze Kantonsgebiet verteilt sind, hier eine besondere Verantwortung wahrzunehmen hat. Damit das von Grossrat Raoul Girard anvisierte Ziel erreicht werden kann, müssen die entsprechenden Aktionen jedoch stimmiger Teil eines allgemeinen Mobilitätskonzepts sein, das seinerseits nicht nur den Arbeitgeber Staat betrifft. Im Jahr 2006 hat der Staatsrat den kantonalen Verkehrsplan (KVP) verabschiedet. Dieser Verkehrsplan, der gestützt auf die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung in den Bereichen Verkehr, Strassen, Eisenbahnen, Raumplanung und Umwelt ausgearbeitet wurde, beinhaltet insbesondere die Massnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität. So sieht der KVP unter Beschluss B 2.9.2 Folgendes vor: «Der Kanton fördert die Erarbeitung von betrieblichen Mobilitätsplänen, um die Nutzung anderer Verkehrsmittel als das Auto zu unterstützen». Die Umsetzung dieses Beschluss sollte bis Ende 2011 mittels der Förderungsstrategie Mobilitätspläne begonnen haben. Die Umsetzung dieser Strategie erfolgt in drei Schritten, nämlich in einer Pilotphase, auf die eine Ausweitungsphase und schliesslich eine Konsolidierungsphase folgen. Die Kantonsverwaltung soll bereits ab Beginn der Pilotphase einbezogen werden.

Ausserdem hat der Staatsrat die Erarbeitung von Mobilitätsplänen für die Staatsangestellten im Rahmen der kantonalen Strategie für die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt.

Aus diesen Gründen ist der Staatsrat gegen einen im StPG verankerten, isolierten Grundsatz zur Förderung einer umweltgerechten Mobilität. Dieser Aspekt wird bereits vom KVP abgedeckt und im Rahmen eines allgemeineren Konzepts, das die Kohärenz der getroffenen Massnahmen gewährleistet, definiert. Der Staat in seiner Funktion als Arbeitgeber wird das von Grossrat Raoul Girard verfolgte Ziel aufgrund des KVP so oder so erreichen müssen. Ausserdem wird der Arbeitgeber Staat bei den im Rahmen der Förderungsstrategie Mobilitätspläne für die Kantonsverwaltung vorgesehenen Pilotaktionen seine Vorbildfunktion bei der nachhaltigen Entwicklung wahrnehmen.

Aufgrund dieser Überlegungen beantragt der Staatsrat, diese Motion abzulehnen.

Freiburg, den 29. März 2011